

Internationale Freigeistige Rundschau 3/2011

Europa

Belgien

I (4160) **Brügge**. Die belgische Justiz hat ihre Ermittlungen gegen den Ex-Bischof Roger Vangheluwe endgültig eingestellt. Die Untersuchung gegen den wegen Kindesmissbrauchs zurückgetretenen Bischof waren nach einem TV-Interview des 74-Jährigen Ende April wieder aufgenommen worden, weil sich danach zwei Zeugen gemeldet hatten, die von zwei weiteren Missbrauchsfällen wussten. Die Staatsanwaltschaft erklärte aber, die Zeugen hätten die mutmaßlichen Opfer nicht überreden können, sich selbst an die Justiz zu wenden. Damit seien die Aussagen nicht juristisch verwertbar. Während die Ermittler sonst bei Sexualdelikten an Kindern hartnäckig bleiben, ließen sie es im Falle des Bischofs mit dieser dünnen Erklärung bewenden. (*De Standaard*, 12.7.11)

I (4161) **Brüssel**. Das Verbot des Tragens der Burka in der Öffentlichkeit trat in Belgien – als zweitem Staat nach Frankreich – am 23. Juli in Kraft. Das Gesetz war Ende April vom Abgeordnetenhaus fast einstimmig angenommen worden. Das Maskieren des Gesichts in der Öffentlichkeit kann künftig mit 15 bis 25 Euro Geldbuße oder bis zu sieben Tagen Haft belegt werden. Ausnahmen soll es nur für Kleidungsstücke zum Arbeitsschutz geben. Auch bei Festveranstaltungen kann das Verhüllen des Gesichts genehmigt werden. Laut Medienberichten wird die Zahl der Burka-Trägerinnen in Belgien auf 270 geschätzt. (*Le Soir*, Brüssel, 14.7.11)

Deutschland

I (4162) **Bonn**. Die katholische Kirche hat 2010 mit gut 181.000 Kirchengaustritten „nur“ eine Zunahme von knapp 50 Prozent zu verzeichnen – und damit deutlich weniger, als sie angesichts der Missbrauchsskandale selbst befürchtet hatte. Sie schrumpfte um rund 250.000 Mitglieder und hat real (d.h. nach Abzug von 700.000 Doppeltzählungen) mit knapp 24 Millionen ebenso viele Mitglieder wie die evangelische Kirchen, was je 29,3 Prozent der Bevölkerung entspricht. In Bayern schrumpfte sie besonders stark von 53,6 auf 52,9 Prozent. Auffallend hoch war der Verlust in München, wo beide Kirchen zusammen um 1,2 Punkte auf einen Anteil von 50,4 Prozent absanken und sich seit der Jahresmitte 2011 bereits in der Minderheit befinden.

Besonders beunruhigen dürften die Kleriker zwei katastrophale Tendenzen: Nur noch 12,6 Prozent aller Katholiken besuchen den Gottesdienst (minus 0,4), und von den Neugeborenen werden nur mehr 25,1 Prozent getauft – ein Minus von zwei Prozent gegenüber dem Vorjahr. Damit bestätigt sich der Trend der letzten Jahre, wonach immer stärker die Überalterung und immer weniger die Kirchengaustritte für die Schrumpfung der Kirchen verantwortlich sind. (Mitteilungen des Statistikreferats der Katholischen Bischofskonferenz vom 27.7.11; Statistikamt der Stadt München, 17.5.11)

Die evangelische Kirche teilte auf Anfrage mit, dass 2010 wie im Vorjahr etwa 150.000 Mitglieder ausgetreten seien und dass die Gesamtzahl der Verbliebenen um knapp 300.000 auf 23,9 Millionen geschrumpft sei. Konkret lässt sich die Lage

anhand der beiden hessischen Kirchen (Hessen-Nassau und Kurhessen-Waldeck) einschätzen, die ein Neuntel der EKD ausmachen: Dort nahmen die Austritte 2010 gegenüber dem Vorjahr um 285 auf 14.550 ab, aber auch die Eintritte sanken um 193 auf 4.512, so dass sich netto eine Abweichung von ganzen 82 ergibt. Interessanterweise blieb die Zahl der Übertritte von der katholischen Kirche in Hessen-Nassau fast gleich. Die Gesamtzahl der hessischen Protestanten nahm um 36.332 auf 2.631.035 ab, was einem Schwund von 1,36 % entspricht. (*idea*, 2.8.11; *MIZ*-Recherchen)

I (4163) **Sellin**. Laut dem Bischof der Pommerschen Evangelischen Kirche, Hans-Jürgen Abromeit, hat sich die Glaubenslosigkeit in den ostdeutschen Bundesländern deutlich stabilisiert. Die Einschätzung des EKD-Ratsvorsitzenden Schneider, das angebliche „Rieseninteresse an kirchlicher Kultur, Bildungs- und sozialen Einrichtungen der Kirchen“ werde mittelfristig zu einer Normalisierung der kirchlichen Verhältnisse führen, teile er nicht. „Mein Eindruck ist eher, dass es in weiten Teilen der Gesellschaft Ostdeutschlands eine erstaunliche Verhärtung der Ressentiments gegenüber Glaube, Kirche und der Bibel gibt“. In der DDR seien ganze Generationen von den kirchlichen Traditionen und dem christlichem Glauben „abgeschnitten“ worden. Durch Wanderungsbewegungen und kulturelle Vermischungen werde sich die entschiedene Konfessionslosigkeit auch im Westen ausbreiten. Lobend äußerte sich Abromeit hingegen über Filmemacher, denen es gelinge, zentrale biblische Geschichten mit zum Teil hohem technischem und finanziellem Aufwand wiederzugeben und erfolgreich zu vermarkten. Als Beispiel nannte er die „ChiRho“-Reihe im Kinderkanal der öffentlich-rechtlichen Sender ARD und ZDF, die aber eigentlich zur weltanschaulichen Neutralität verpflichtet sind. Diese Serie wecke Interesse, die Botschaft der Bibel für sich zu entdecken. Daran könne später im Religionsunterricht oder auf Kinderbibeltagen angeknüpft werden. (*idea*, 31.5.11)

I (4164) **Trier**. Nach der Aufdeckung der Missbrauchsfälle durch Kleriker und der konkreten Hilfe für die Opfer will die deutsche Bischofskonferenz nun auch Ursachenforschung betreiben. Der Trierer Bischof Stefan Ackermann, der in der Bischofskonferenz mit dem Thema Missbrauch und Aufarbeitung beauftragt ist, meinte, die Zahl der Opfermeldungen sei deutlich zurückgegangen, so dass der Zeitpunkt für wissenschaftliche Aufarbeitung geeignet sei. Eines der beiden Projekte wird von dem der katholischen Kirche eng verbundenen Kriminologen Christian Pfeiffer geleitet, der parallel im Auftrag der Bundesregierung eine Untersuchung zu Missbrauch in der deutschen Gesellschaft durchführt. Er will zunächst einmal klären, „wie sich im Längsschnitt seit 1945 der sexuelle Missbrauch durch Priester entwickelt hat“, sagte er im Interview mit Radio Vatikan. (*Radio Vatikan*, 13.7.11; *Augsburger Allgemeine*, 13.7.11)

Anm. *MIZ*-Red.: Die Taktik der katholischen Kirche, eine „wissenschaftliche Aufarbeitung“ anzukündigen, ist zweifellos ein geschickter Schachzug und schlägt medienpolitisch mehrere Fliegen mit einer Klappe. Zum einen wird der Eindruck erweckt, die Kirche „tut etwas“ gegen dieses Übel, zum zweiten wird abgelenkt von der Tatsache, dass die deutsche katholische Kirche außerordentlich knauserig bei Entschädigungszahlungen ist, obwohl sie doch die reichste aller nationalen Sektionen der *Catholica* ist, und drittens liegt der Zweck der unter katholischer Kontrolle stehenden „wissenschaftlichen Studien“ auf der Hand: Der Zölibat ist natürlich nicht schuld, dass sexueller Missbrauch an Kindern unter katholischen

Priestern (nach den bisher vorliegenden Daten) etwa achtmal so häufig vorkommt wie im Durchschnitt der männlichen Bevölkerung.

I (4165) **München**. Sogenannte „Spontanheilungen“ treten selbst bei schwersten Erkrankungen häufiger auf als vielfach angenommen. Die Chancen, dass z.B. Krebs auf medizinisch unvorhersehbare Weise verschwindet, stehen bei 1 zu 60.000 bis 100.000. Dies berichtet der Krebspezialist Herbert Kappauf (Starnberg), der sich seit 30 Jahren mit überraschenden Verläufen von Krankheiten beschäftigt. Die Selbstheilungskräfte des menschlichen Körpers würden vielfach unterschätzt. Die meisten Krankheiten verschwänden ohnehin von selbst, etwa Schnupfen, kleine Wunden, Schmerzen und Infektionen. „Die biologischen Mechanismen der Selbstheilung könnten bedeutende Erkenntnisse für die Entwicklung neuer Therapien liefern“.

Mit einem religiösen Mythos räumte der Mediziner ebenfalls auf: Auch wenn das Nachrichtenmagazin *focus* seinen Artikel mit der reißerischen Überschrift „Das Wunder der Heilung“ versah, handle es sich keineswegs um ein Wunder, sondern um ein unerforschtes biologisches Phänomen, das im Prinzip Unreligiöse ebenso treffen kann wie Gläubige. (*Focus*, 25.7.11)

I (4166) **Hamm**. Erneut musste ein kirchlicher Arbeitgeber nach versuchtem Lohndumping eine schwere Niederlage einstecken. Das Landesarbeitsgericht (LAG) Hamm hat entschieden, dass geringfügig Beschäftigte der *Caritas* den gleichen Stundenlohn wie Vollzeitbeschäftigte erhalten müssen (AZ:18 Sa 2049/10). Es bestätigte damit ein Urteil des Arbeitsgerichts Bielefeld vom 20. Oktober 2010. Auch das Landesarbeitsgericht Düsseldorf hatte im Februar 2011 eine vergleichbare Entscheidung getroffen. Das *Caritas*-Unternehmen muss der Klägerin nun für vier Monate 767,55 Euro Lohndifferenz nachzahlen. Die für Kirchen zuständige Landesfachbereichsleiterin der Gewerkschaft ver.di nannte das Urteil „einen Schlusspunkt unter die Diskriminierung von geringfügig Beschäftigten bei der *Caritas*“. Auch eine seit Januar geltende Neuregelung mit geringeren Stundenvergütungen für geringfügig Beschäftigte sei „praktisch damit hinfällig“. Geklagt hatte eine als Nachtwache beschäftigte Pflegeassistentin eines dem Caritas-Verband zugehörigen Altenheims mit Hilfe der Gewerkschaft ver.di. Bezahlt wurde sie nach einer von den katholischen Bischöfen einseitig festgesetzten Lohntabelle, nach der die Stundenvergütungen der geringfügig Beschäftigten um rund 25 Prozent niedriger waren als die der versicherungspflichtig Teil- und Vollzeitbeschäftigten. Das LAG Hamm sah in der besonderen Lohntabelle eine unzulässige Benachteiligung einer Teilzeitbeschäftigten. Das Teilzeit- und Befristungsgesetz verbietet jedoch die schlechtere Behandlung von Teilzeit- gegenüber Vollbeschäftigten. Revision beim Bundesarbeitsgericht wurde zugelassen, weil das Urteil wegen der Sonderstellung der Kirchen grundsätzliche Bedeutung hat. (Mitteilung von ver.di, 1.8.11)

I (4167) **Stuttgart**. „Erschreckend viel Unglaube“ stellen evangelikale Christen in Deutschland fest. Laut einer repräsentativen Umfrage unter 1000 erwachsenen Deutschen glauben zwei von sieben (28 %) nicht, dass Jesus überhaupt gelebt hat. Sogar 20 Prozent der Protestanten und 14 Prozent der Katholiken glauben nicht an Geburt, Leben und Sterben ihres Religionsstifters. (Was diese dann allerdings in einer solchen Religionsgemeinschaft verloren haben, ließ die Untersuchung offen.) Nur ein Drittel aller Befragten ist sich sicher, dass Jesus als Sohn Gottes auf der

Erde gelebt hat. (*Informationsbrief* 8/2011 der Bekenntnisbewegung „Kein anderes Evangelium“, S.267)

I (4168) **Frankfurt.** „An welchen Gott glauben Sie?“, wurde der Fernsehmoderator Michel Friedman vom evangelischen Magazin *Chrismon* gefragt. „An keinen. Meine Mutter war nach dem Holocaust keine gläubige Frau mehr, ich erlebte keinen religiösen Alltag, ich habe an Gott nie geglaubt. Ich wäre auch nicht gern gläubig, das würde mich einengen. Ich möchte nicht nach Geboten und Verboten leben, die irgendwelche Menschen aufgeschrieben haben.“ So eindeutig und logisch diese Antwort ist: Der gleiche Mann war – bis 2003 sein Kokainkonsum öffentlich wurde – Mitglied im Bundesvorstand einer christlichen Partei und stellvertretender Vorsitzender des Zentralrats der Juden, der sich als religiöses Gremium definiert. Macht Kokaingenuß etwa schizophren? (*Chrismon*, 8/11, S. 24)

I (4169) **Saarbrücken.** Die neue saarländische Ministerpräsidentin Kramp-Karrenbauer, die eine Koalition aus CDU, FDP und Grünen führt, wird von beiden Kirchen als "engagierte Katholikin, die auch über gute Kontakte zur evangelischen Kirche verfügt", begrüßt. In ethischen Fragen vertritt sie z.T. christlich-fundamentalistische Positionen. So plädierte sie dafür, den Lebensschutz ungeborener Kinder gesetzlich strenger zu regeln und die Zahl der Abtreibungen zu senken. In der Debatte über die PID hatte sich die dreifache Mutter für ein völliges Verbot eingesetzt.

Dementsprechend waren die Kirchen voll des Lobes. Der evangelische Beauftragte für das Saarland, beschreibt die Ministerpräsidentin „als eine feste und überzeugte Christin, die ihren Glauben offensiv vertritt“ und fest in ihrer Kirchengemeinde verankert sei. Das katholische Bistum Trier würdigte sie als eine „verlässliche Politikerin“ und Partnerin. (*idea*, 15.8.11)

I (4170) **Wunstorf.** In dem Vorort von Hannover ist eine Integrierte Gesamtschule (IGS) in evangelischer Trägerschaft in das neue Schuljahr gestartet, die erstmals auch islamischen Religionsunterricht anbietet, weil sie besonderen Wert auf die „Pflege des interreligiösen Dialogs“ legt. Von einem Interesse an einem interweltanschaulichen Dialog war nicht die Rede, doch hätte der Staat nunmehr die Möglichkeit, auch einen Ethikunterricht einzufordern. (*idea*, 20.8.11)

I (4171) **Krefeld.** Der Vize-Chef der früheren rechtsextremen Sekten- und Foltersiedlung *Colonia Dignidad* in Chile, der Arzt Hartmut Hopp (66), ist nach Deutschland geflohen, um einer fünfjährigen Haftstrafe wegen sexuellem Missbrauch Minderjähriger zu entgehen. Hopp galt als „rechte Hand“ des 2010 in einem Gefängnis Krankenhaus gestorbenen *Colonia*-Gründers Paul Schäfer. Er tauchte unter, bevor er die Strafe antreten musste.

Zunächst hatte es geheißsen, dass Hopp bei der „Freien Volksmission Krefeld“ untergekommen sei. Deren Leiter Frank bestritt dies, räumte aber zugleich ein, dass 13 ehemalige Mitarbeiter der Kolonie ihren Gottesdienst besuchen. Er gab schließlich zu, sogar noch 2004 persönlich in Chile in dem Lager gepredigt zu haben.

Die *Colonia Dignidad* wurde von dem aus Deutschland stammenden ehemaligen evangelischen Jugendpfleger Paul Schäfer gemeinsam mit zahlreichen deutschen Familien – meist aus baptistischem Umfeld – gegründet. Während der Pinochet-Diktatur (1973-90) diente die hermetisch abgeschottete Siedlung als Waffenlager und Folterzentrum des Geheimdienstes. 22 Regimegegner sollen dort ermordet worden

sein. Erst im Mai 2011 wurden acht Mitglieder des ehemaligen Führungskreises um Schäfer in Chile verhaftet, die bereits wegen Beteiligung am sexuellen Missbrauch von Minderjährigen verurteilt sind. Unterdessen soll Chile die Auslieferung von Hopp von Deutschland gefordert haben. Doch dazu erklärte das Auswärtige Amt in Berlin, dass bislang kein derartiges Gesuch eingegangen sei. Allerdings liege ein internationaler Haftbefehl vor.

Bisher forderte aber nur die Fraktion der Linken im Bundestag die Festnahme von Hopp: „Es kann nicht sein, dass sich ein Täter wie Hartmut Hopp, der in Chile an zahlreichen schwersten Verbrechen beteiligt war, seiner Bestrafung erfolgreich durch eine Flucht nach Deutschland entzieht. Gegen Hopp ein Verfahren in Deutschland zu eröffnen kann doch wohl nicht so schwer sein.“ Der Sprecher der Linksfraktion ging auch auf die Vorgeschichte ein: „Jahrzehntelang wurden in der *Colonia Dignidad* schwerste Menschenrechtsverletzungen begangen. Regimegegner wurden systematisch gefoltert und ermordet, deutsche und chilenische Kinder systematisch jahrzehntelang und tausendfach sexuell misshandelt und missbraucht. Hartmut Hopp war immer mit dabei. Eine Aufklärung und Ahndung der Verbrechen der klerikal-faschistischen auslandsdeutschen Siedlung erfolgten nicht oder nur äußerst spät und zögerlich. Stattdessen unterhielten zahlreiche CDU/CSU-geführte Bundesregierungen beste Beziehungen zu den Tätern. Aber auch danach änderte sich außer Lippenbekenntnissen der Regierung nicht viel: Eine Strafverfolgung der in die Bundesrepublik abgetauchten Sektenmitglieder fand nicht statt. Ein klarer Kurswechsel ist lange überfällig. Der Fall Hopp bietet dafür nun eine gute Gelegenheit. Sich hinter einer angeblichen Unkenntnis zu verstecken, ist skandalös.“

Die „Freie Volksmission Krefeld“ gründet sich nach Auskunft evangelischer Experten auf die Lehre des US-Pfingstkirchenpredigers William Branham (1909-65), der sich schließlich als endzeitlicher Prophet vor der Wiederkunft des Messias verstanden habe. Eine ähnliche unmittelbare Bevollmächtigung nehme auch der Leiter der Volksmission Krefeld, Ewald Frank, für sich in Anspruch, der 1962 bei seiner Berufung in den christlichen Dienst direkt die Stimme Gottes gehört haben wolle. Inzwischen hat die „Not- und Interessengemeinschaft der Geschädigten der *Colonia Dignidad*“ die Bundesregierung aufgefordert, Hopp der chilenischen Justiz zuzuführen. Wenn dies aus juristischen Gründen nicht möglich sei, solle überprüft werden, ob er sich nach deutschem Recht strafbar gemacht habe. Der Vorstand der Opfergemeinschaft vermutet, dass Hopp sich nicht nur in Krefeld, sondern auch in der Schweiz aufhalten könnte. Nach einer Ergreifung könne Hopp auch über das im Ausland geparkte Vermögen der *Colonia* Auskunft geben. Schätzungen zufolge soll es sich um rund drei Millionen Euro handeln. (*Rheinische Post*, 20.8.11; Erklärung der Bundestagsfraktion der Linken, 23.8.11)

Großbritannien

I (4172) **London.** Die anglikanische Kirche von England sieht sich buchstäblich vom Aussterben bedroht. Das Durchschnittsalter der Kirchenmitglieder liege bei 61; außerdem fehle es in den Gemeinden in wichtigen Bereichen an Seelsorge. Der Leiter der kirchlichen Güterverwaltung warnte auf einer Synode der anglikanischen Kirche in London vor der demografischen Zeitbombe. Von den 61 Millionen Einwohnern Großbritanniens zählen offiziell 27 Millionen (44%) zur anglikanischen Kirche, 11 Millionen (18%) zu diversen protestantischen Kirchen und 6 Millionen (10 %) zur katholischen Kirche. Nur 1,6 Millionen (2,6 %) sind Muslime. Etwa 10

Millionen (16 %) sind konfessionslos. Unter den restlichen Gruppen überwiegen Hindus, Sikhs, Buddhisten und Juden. (*Sunday Times*, 10.7.11; *Welt*, 11.8.11)

I (4173) **London**. Erst im Zuge der Ermittlungen gegen den umstrittenen Medienzar Rupert Murdoch wurde bekannt, dass dessen Sohn James der katholische Kirche von England und Wales eine Großspende von 100.000 Pfund (ca. 150.000 Euro) für die Finanzierung des Papstbesuchs 2010 zukommen ließ – ausgerechnet jener Murdoch-Sohn, der mitverantwortlich war an zahlreichen illegalen Ausspähungen von Privatpersonen durch sein inzwischen eingestelltes Skandalblatt *News of the World*. Welche Gegenleistung der als skrupellos bekannte Murdoch-Clan bei der Berichterstattung bekommen hat, wird noch untersucht, doch gilt in Expertenkreisen als sicher, dass Murdoch jr. keine Zahlung leistet, vor der er sich keinen Nutzen verspricht.

Die Kirche wurde nach der Aufdeckung der Affäre intern wie und von außen scharf kritisiert, weil sie sich (wieder einmal) nicht an die moralischen Leitlinien gehalten habe, die sie für andere aufstelle. Zumindest Bischof Conry von Brighton reagierte darauf öffentlich und warnte vor weiteren Annahmen von Spenden. Er betonte, es gebe bereits Richtlinien der Bischofskonferenz, wie man mit solchen finanziellen Zuwendungen verfahren solle, und mahnte, dass sich die Kirche künftig auch daran halten müsse. (*The Tablet*, Wochenzeitung, 15.7.11)

I (4174) **Bangor**. Der anglikanische Pfarrer Geraint ap Iorwerth (Westwales) hat nach eingehendem Bibelstudium Teile der Bibel öffentlich verbrannt. Anlass war das 400-jährige Jubiläum der King-James-Bibel, die bis heute zu den am weitesten verbreiteten Übersetzungen im englischen Sprachraum gilt. Laut Iorwerth zeuge eine Reihe von Passagen von einem grausamen und abstoßenden Gott. Diese Teile schnitt er aus und ließ sie im Rahmen einer „Kunstaktion“ im Ort Machynlleth zu Asche werden. Im Interview mit der Rundfunkanstalt *BBC* meinte er, von den Gemeindemitgliedern sei sein „künstlerisches“ Anliegen verstanden worden. Weniger begeistert war sein direkter Vorgesetzter: Der Bischof von Bangor, Andy John, will eine Untersuchung des Vorfalls einleiten – allerdings nur deshalb, weil dabei die religiösen Gefühle vieler Christen verletzt worden sein könnten. In der Sache widersprach er dem Pastor nicht direkt. Der Bischof gab zu, dass es in der Bibel brutale Stellen gebe, „mit deren Verständnis heutige Leser ringen müssen“. Aber Christen dürften nicht das aus der Bibel herausschneiden, was ihnen missfalle. Iorwerth erwiderte, er fühle sich dadurch verletzt, dass Menschen glauben könnten, er diene einem so grausamen Gott, und er halte alle Worte der King-James-Bibel für „heilige Wahrheit“. Er will nun eine „Schandmauer“ mit gewalttätigen Bibeltexten errichten. Seine Version sei ein liebender Gott.

Von den knapp drei Millionen Einwohnern von Wales bezeichnen sich etwa 70 Prozent als Christen. Anders als in England sind dort die Anglikaner seltener, aber Freikirchen (Reformierte, Baptisten, Methodisten) stärker vertreten. (*BBC*, 23.7.11; *idea*, 24.7.11)

I (4175) **London**. Als Reaktion auf die zahlreichen Fälle von Kindesmissbrauch durch Kleriker und kirchliche Mitarbeiter hat die katholische Kirche in England die Stelle eines „Beauftragten für den Schutz von Kindern in der katholischen Kirche“ geschaffen. Wesentlicher Teil seines Aufgabenbereiches war es zu verhindern, dass Pädophile Zugang zu Kindern in der Kirche bekommen.

Für diese verantwortungsvolle Aufgabe hat sie einen absoluten Vollprofi aus den eigenen Reihen gefunden, der seine private Neigung nun gleich zum Beruf machen

konnte: Der 49-jährige Christopher Jarvis, Vater von vier Kindern und zuvor neun Jahre lang als Sozialarbeiter für die Diözese Plymouth tätig, wurde nämlich nach kurzer Einarbeitung erwischt, als er Foto- und Videomaterial auf eine Website hochgeladen hatte, auf dem zu sehen war, wie Kinder missbraucht werden. Nach seiner Festnahme gab er sich geständig. Etwas anderes blieb ihm auch nicht übrig, denn sowohl auf seinem privaten PC als auch auf seinem dienstlichen Notebook wurde kinderpornografisches Material in riesigem Umfang gefunden. Insgesamt handelte es sich um sage und schreibe 4000 Bilder.

Bezeichnenderweise ereignete sich der Skandal bereits im März, wurde aber erst vier Monate später bekannt. Damit stellte die Kirche auch gleich unter Beweis, was sie unter „offenem Umgang mit innerkirchlichem Fehlverhalten“ versteht. (*Daily Mirror*, 31.7.11)

Anm. *MIZ*-Red.: Eines kann man der Kirche jedoch nicht vorwerfen: dass sie den Bereich „katholische Pädophilie und Kinderpornographie“ ahnungslosen Dilettanten überlässt. Nein, dafür stellt sie schon kompetente Fachleute mit praktischer Erfahrung ein. Davon hat sie ja auch genügend.

I (4176) **London**. Die Krawalle in englischen Großstädten waren für einige islamische Extremisten Anlass für eigene Aktionen. Im Internet riefen sie zum „Heiligen Krieg“ gegen die britische Regierung auf. Sie nutzten dazu soziale Netzwerke wie Facebook und Twitter, um die Randalen zusätzlich zu schüren. Englischen Presseberichten zufolge wurden einige Stadtteile auf gelben Plakaten als „Scharia-kontrollierte Zonen“ ausgerufen. Der Islamist Anjem Choudary erklärte nach Angaben der Tageszeitung *Daily Mail*, sein langfristiges Ziel sei die Errichtung eines „islamischen Emirats“. Gleichzeitig distanzieren sich allerdings auch viele Muslime von derartigen Plänen wie auch von Ausschreitungen in Allgemeinen und engagierten sich bei "Bürgerwehren" gegen Plünderer. (*Welt*, 11.8.11)

Malta

I (4177) **La Valetta**. Als letztes EU-Land hat Malta offiziell die Ehescheidung eingeführt. Am 25. Juli, kurz nach dem Referendum Ende Mai (vgl. *MIZ* 2/11, Meldung 4144), nahm das Parlament mit 52 gegen elf Stimmen bei fünf Enthaltungen einen entsprechenden Gesetzentwurf an. Ministerpräsident Gonzi gehörte allerdings zu den Gegnern, die das Votum des Volkes nicht respektieren wollen. Damit das Gesetz in Kraft treten kann, muss Staatspräsident Abela es noch unterzeichnen. Das Verfahren zur Einführung eines Scheidungsgesetzes war vor gut einem Jahr von dem Abgeordneten der konservativen (!) Nationalpartei Pullicino Orlando angestoßen worden. (*KNA*, 25.7.11)

Niederlande

I (4178) **Liempde**. Ein katholischer Priester hat einen Trauergottesdienst verweigert, weil der Tod durch aktive Sterbehilfe eintrat. Die Entscheidung des Geistlichen löste allerdings innerhalb der Pfarrei im Süden des Landes heftigen Streit aus. So gaben Ehrenamtliche ihren Dienst auf und zogen Künstler ihre für eine Wohltätigkeitsauktion gespendeten Werke zurück. Das Bistum 's Hertogenbosch nahm den Pfarrer in Schutz und erklärte, die katholische Kirche lehne aktive Sterbehilfe kategorisch ab. Der Geistliche habe dies den Angehörigen auch mitgeteilt. (*Katholiek Nederland*, 23.8.11)

Anm. MIZ-Red.: In Holland nehmen jährlich etwa 2000 Menschen die dort erlaubte aktive Sterbehilfe in Anspruch, darunter auch nicht wenige Katholiken. Wer jedoch auf humane, nichtchristliche Art sterben und andererseits auf kirchliche Rituale nicht verzichten will, muss sich schon den Vorwurf der Inkonsequenz gefallen lassen.

Norwegen

I (4179) **Oslo**. Der norwegische Attentäter Anders Behring Breivik hat Norwegens christliche Fundamentalisten unter starken Druck gebracht. Der Generalsekretär des evangelikalen „Norwegischen Rates für Mission und Evangelisation“ beeilte sich mitzuteilen, Breivik sei kein formelles Mitglied einer evangelikalen oder pietistischen Gemeinschaft. Er sei auch „kein bekennender Christ“. Woher er das weiß, verriet er allerdings nicht, doch räumten andere christliche Vertreter ein, dass der Überzeugungstäter christlich geprägt ist und sein Handeln christlich begründet hat. Von christlichen Fundamentalisten aus den USA distanzieren sich Norwegens Evangelikale übrigens mit keinem Wort (vgl. Meldung 4184), während EKD-Kirchenführer ausdrücklich vor christlichem Fundamentalismus warnen. Breivik selbst bezeichnete sich sinngemäß als konsequenten Christen. Sein 1.500 Seiten umfassendes Manifest ist nach bisherigen Erkenntnissen von einer stark konservativen Weltsicht christlicher Missionsgesellschaften geprägt, vor allem von einer Abgrenzung gegen die multikulturelle Gesellschaft, den Islam und den Kommunismus. Wie aus seinen inzwischen geschlossenen Internet-Einträgen hervorgeht, wurde Breivik im Alter von 15 Jahren evangelisch getauft und nicht als Säugling, wie im lutherisch geprägten Norwegen üblich. In jüngster Zeit unterstützte er einen kollektiven Übertritt zum Katholizismus. Trotzdem versuchte die katholische Kirche sofort die Situation für sich zu nutzen. Obwohl sie im ganzen Land nur 54.000 Mitglieder hat, wies ihr der „Päpstliche Nuntius für die nordischen Länder“, Erzbischof Tscherrig, in einem Anflug von Größenwahn „jetzt eine besondere Verantwortung“ zu, weil ihr vor allem Zuwanderer angehörten. „Wenn die Katholiken den Aufruf des Papstes ernst nehmen, dann drückt sich darin die Mission (!) der katholischen Kirche in den nordischen Ländern aus“, nämlich „ein Ferment zu werden der Einheit und der Kommunion, um Menschen aus verschiedenen Nationen, Sprachen und Kulturen zusammenzubringen, und daraus ein einziges Volk zu machen. Von den 4,9 Millionen Einwohnern Norwegens gehören 81 % zur lutherischen Staatskirche, 12 % sind konfessionslos. Angehörige evangelischer Freikirchen machen 3,7 %, Muslime 1,6 % und Katholiken ganze 1,1 %. Der Rest verteilt sich auf kleinere Gemeinschaften.“
(*Radio Vatikan*, 25.7.11; *KNA*, 25.7.11; *idea*, 24, 25. u. 28.7.11)

Österreich

I (4180) **Wien**. Österreichs Diözesen plädieren für einen verbindlichen Ethikunterricht für religiös nicht gebundene Schüler. Dem hat sich auch der „Verbund der katholischen Schulverantwortlichen Österreichs“ im Rahmen einer parlamentarischen Enquete „Werteerziehung durch Religions- und Ethikunterricht“ angeschlossen. Die merkwürdig geschraubte Begründung: Die „Stärkung von Identität durch Bewusstwerdung der eigenen Herkunft“ sei nicht nur für Schüler mit Migrationshintergrund von Bedeutung. Auch österreichische Jugendliche könnten

manchmal „mit der christlich geprägten Kultur Österreichs“ nicht mehr viel anfangen, heißt es in einer Erklärung des Verbandes. (*kathpress*, 6.5.11)

Anm. *MIZ*-Red.: Mit dem letzten Satz haben die Verbandskatholiken ungewöhnlich deutlich ihre wahre Absicht verraten: Es geht also um die Vermittlung „der christlich geprägten Kultur“ und damit um indirekte religiöse Indoktrination. Einzelne Vertreter der Grünen stellten auf der Tagung immerhin die Frage, wieso die Kirche überhaupt ein Mitspracherecht erhalte über die Ausbildung von Jugendlichen, die ihr gar nicht angehörten.

Schweiz

I (4181) **Bern**. Immer mehr Schweizer distanzieren sich von der Religion. Zu diesem Ergebnis kommt die Studie *Religiosität in der modernen Welt. Bedingungen, Konstruktionen und sozialer Wandel* des Nationalen Forschungsprogramms „Religionsgemeinschaften, Staat und Gesellschaft“ (NFP 58). Danach hat die Mehrheit der Schweizer Bevölkerung zur christlichen Religion ein zunehmend distanzierteres Verhältnis. Derzeit sind in der Schweiz die großen Kirchen bzw. Religionsgemeinschaften so verteilt: 31% der Wohnbevölkerung sind Katholiken, 32% Reformierte, 12% sind Angehörige nichtchristlicher Religionen. Der größte Wandel, den die Studie aufzeigt, betrifft jedoch die Konfessionslosen: Ihre Zahl ist in den letzten 40 Jahren von 1% auf rund 25% gestiegen. Damit ist in der Schweiz die Konfessionsfreiheit die am schnellsten wachsende weltanschauliche Richtung. Konfessions(nicht)zugehörigkeit ist jedoch nur ein Indikator für die tatsächlichen religiösen Praktiken und Vorstellungen. Auch Konfessionslose können im weiteren Sinne an Gott glauben oder alternativ spirituell sein; noch häufiger sind formal Konfessionsangehörige ungläubig. Die Forscher entwerfen daher folgende Typologie religiöser Profile: Distanzierte (64%), Institutionelle [=Kirchentreue] (17%), Säkulare (10%) und Alternative (9%). Offenkundig ist der Rückgang an institutioneller Bindung. Zulegen konnten in den letzten 20 Jahren nur die Distanzierten und die Säkularen. Starke religiöse bzw. atheistische Überzeugungen sind nach wie vor ein Minderheitsphänomen. (*Materialdienst der EZW*, 6/2011, S. 231; vgl. auch die in *MIZ* 2/11, Meldung 4148, erwähnte Studie, die zu einem ähnlichen Ergebnis kommt)

I (4182) **Appenzell**. Selbst in der frömmsten Region der Schweiz stirbt der christliche Glaube langsam aus. Nach 424 Jahren wird nun das Kapuzinerkloster Appenzell geschlossen. Die verbliebenen Ordensbrüder werden auf die acht noch existierenden Schweizer Kapuzinerklöster verteilt. „Die Kapuziner haben keinen Nachwuchs“, begründete der Sprecher der Appenzeller Mönche die Entscheidung der Ordensoberen. Das Kloster-Gebäude soll nach der Schließung wieder vom Kanton genutzt werden, dem die Liegenschaft auch gehört. (*kipa*, 6.8.11)

Spanien

I (4183) **Madrid**. Rund 20.000 Kirchenkritiker demonstrierten tagelang nicht nur in Madrid gegen die Beteiligung des Staates in Höhe von etwa 50 Millionen Euro an den Kosten des Katholischen Weltjugendtags, obwohl das Land finanziell am Abgrund stehe. Während Kirchensprecher behaupteten, die Mittel würden ganz (oder nach anderer Version zu zwei Dritteln) von der Kirche aufgebracht, gab ein Regierungssprecher die staatlichen Subventionen zu, verteidigte sie aber entschieden. Immerhin räumten einzelne Staatsvertreter ein, dass es Grund für Proteste geben könne, was allerdings weder die Polizei noch religiöse

Fundamentalisten so sahen. Ein mexikanischer Student wurde festgenommen, weil er sich per Internet zu einem Mordanschlag gegen Papstkritiker nach Breiviks Vorbild verabredet haben soll. Demgegenüber „begnügten“ sich die uniformierten Ordnungshüter mit massiven Prügeln gegen Demonstranten, ließen sie ansonsten aber am Leben.

Auch ein Großteil der Bevölkerung stand dem Spektakel skeptisch gegenüber. Selbst die Kirchenpresse (*kath.de*) gab zu: „Angesichts der schlechten Wirtschaftslage und der hohen Kosten des Weltjugendtages lehnen viele Spanier die Veranstaltung ab.“ Der päpstliche Nachrichtendienst dokumentierte sogar ausführlich „das sehr gespannte Verhältnis zwischen Kirche und liberaler Gesellschaft seit der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts“. Auch unter jugendlichen Teilnehmern gab es aus anderen Gründen Unzufriedenheit. Der *Bund der Deutschen Katholischen Jugend* übte scharfe Kritik an der Gestaltung des Weltjugendtages. „Was die letzten zwei Tage hier stattfand, war eine unwürdige Veranstaltung“, sagte sogar ihr geistlicher Leiter gegenüber der *Katholischen Nachrichten Agentur (KNA)*. Die Jugendlichen seien lediglich „Statisten“ gewesen. Allein aus den Bistümern Köln und Münster hätten rund 3.000 Teilnehmer vorzeitig die Heimreise angetreten.

Der Papst hingegen lobte die „gute Zusammenarbeit zwischen Kirche und Staat“. Vor den kirchlichen und staatlichen Organisatoren in Madrid meinte er bei einem Treffen in der Apostolischen Nuntiatur: „Wenn sich alle auf den Dienst an einer so groß angelegten Initiative einstellen, dann wird der Grundsatz wahr, dass das Gute alle in der Einheit zusammenführt“. *Radio Vatikan* schrieb wörtlich: „Die gemischte Vorbereitungscommission des Weltjugendtages setzte sich aus Mitarbeitern der Erzdiözese Madrid sowie aus Angestellten des Staates, der Region sowie der Stadt zusammen.“

(*Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 16. u. 17.8.11; *Süddeutsche Zeitung*, 18. u. 19.8.11; *Augsburger Allgemeine*, 18.8.11; *kath.de*, 19.8.11; *KNA*, 21.8.11; *Radio Vatikan*, 21.8.11)

Nordamerika

Vereinigte Staaten

I (4184) **Washington**. Längst nicht alle Evangelikalen distanzieren sich von Norwegens christlichem Massenmörder Breivik, doch kaum jemand geht so weit wie US-Moderator Glenn Beck, längere Zeit das Aushängeschild des rechtskonservativen Senders *Fox-News*. Er griff nicht etwa den Attentäter, sondern das Jugendlager an: „Wie ihr alle wisst, war da eine Schießerei in einem Lager, das meiner Meinung nach an die Hitlerjugend erinnert. Was soll ein Lager für Kids, in dem es nur um Politik geht? Beunruhigend...“.

Die Reaktionen kamen prompt vom Publikum, aber nicht von Evangelikalen, denn dort genießt Beck Rückhalt, besonders bei der Tea-Party-Bewegung. Seine «Glenn Beck-Show» auf *Fox News* lockte noch 2009 jeweils bis zu 3 Millionen Zuschauer vor den Bildschirm. Beck war immer gegen Abtreibung, Klimaschutzpolitik und Sozialhilfe und immer für das Recht auf Waffenbesitz, wenig Staat und viel Kirche. Nach der Absetzung infolge Zuschauerschwunds verbreitet der Skandalmoderator seine Aussagen nun im Internet – mit einer eigenen Show. In seinem früheren Leben war Beck eigenen Aussagen zufolge Alkoholiker, Marihuana-Liebhaber und Katholik. Jetzt ist er Mormone und Multimillionär, alkoholfrei und schürt die Paranoia seiner Klientel. (*Daily Telegraph*, 25.7.11; *Tagesanzeiger Zürich*, 27.7.11)

I (4185) **New York.** Ein Stahlkreuz, das an die Anschläge vom 11.9.01 erinnern soll, ist Anlass für einen grundsätzlichen Rechtsstreit geworden. Das knapp sechs Meter große Gebilde aus Stahlträgern eines der eingestürzten Türme soll ständiges Ausstellungsstück in einem Museum werden. Die *American Atheists* klagen jedoch gegen die Aufnahme in das staatlich finanzierte Museum. Dadurch werde die verfassungsmäßige Trennung von Religion und Staat verletzt. Der New Yorker Bürgermeister Michael Bloomberg teilt diese Auffassung und hat sich nach Angaben der Zeitung *New York Times* der Klage angeschlossen. Der Präsident der amerikanischen Atheisten, David Silverman, erklärte, entweder sei das Kreuz aus dem Museum zu entfernen oder auch andere religiöse und weltanschauliche Symbole aufzunehmen. Katholische Vertreter argumentieren, das Kreuz sei nicht nur ein religiöses Zeichen, sondern auch für viele New Yorker zu einem Symbol der Einheit geworden – was indessen Nichtchristen gar nicht finden. (*New York Times*, 31.7.11)

I (4186) **Washington.** Die katholischen Bischöfe bekämpfen das neue Gesundheitsfinanzierungsgesetz der USA. Die Bischofskonferenz kritisierte den Plan der Obama-Regierung, die Kostenübernahme für Schwangerschaftsverhütung auszuweiten. Darunter fallen die chirurgische Sterilisation, die Anti-Baby-Pille und Medikamente, die einen Schwangerschaftsabbruch verursachen. Die Schwangerschaftsverhütung werde damit auf die gleiche Stufe gestellt wie die Prävention von Diabetes, Gebärmutterkrebs und HIV, so die polemische Reaktion der Bischöfe. Kardinal Di Nardo will die massiven Proteste der Kirche dem US-Kongress vortragen und das Gesetz mit Hilfe des christlichen Flügels der Republikaner zu Fall bringen. (*Radio Vatikan*, 6.8.11)

I (4187) **Washington.** Die Mormonen gewinnen in den USA an Einfluss. Nach jahrzehntelanger Diskriminierung und einem Leben am Rande der Gesellschaft strebten sie nun „die Eroberung des ganzen Landes“ an, heißt es in einer ausführlichen Analyse der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*. Die Sondergemeinschaft, offiziell „Kirche Jesu Christi der Heiligen der letzten Tage“, hat weltweit 14 Millionen Mitglieder, davon 7 in den USA – Tendenz steigend. Einflussreiche Politiker in den Reihen der Mormonen sind die republikanischen Präsidentschaftskandidaten Huntsman und Romney, die Ex-Gouverneure der Bundesstaaten Utah und Massachusetts. Harry Reid führt die Mehrheitsfraktion der Demokraten im Senat. Auch Glenn Beck (vgl. Meldung 4184) von der konservativen „Tea Party“ gehört zu der Gemeinschaft. Führende Unternehmen wie American Express, die Marriott-Hotelkette oder Fluggesellschaften werden von Mormonen geleitet. US-Geheimdienste und Banken rissen sich laut *FAZ* regelrecht um Absolventen der Mormonen-Universität Brigham Young (BYU) in Provo (Utah). Auch der mormonische Einfluss auf die Kultur nimmt zu: Mit dem Musical „Book of Mormon“ habe die Gemeinschaft „den Broadway erobert“. Die Autorin Stephenie Meyer habe weltweit mehr als 100 Millionen Exemplare ihrer Vampirbücher verkauft. Junge Mormonen lernten auf jahrelangen Missionseinsätzen im Ausland, mit einer fremden Kultur umzugehen, sich in einer fremden Sprache und in schwierigen Situationen zu verständigen. Mit 22 oder 23 Jahren müssten sie nicht nur ihr Studium meistern, sondern auch noch eine Ehe, Kindererziehung, ihre ehrenamtliche Arbeit in der Religionsgemeinschaft und oft noch einen Nebenjob unter einen Hut bekommen, um ihr Studium zu finanzieren und ihre Familie zu ernähren. Dem Bericht zufolge gelten Mormonen als besonders „hartnäckig, ausdauernd, entschlossen, diszipliniert

und ernsthaft“. Freilich seien sie aufgrund ihrer „missionarischen Orientierung“ nicht unbedingt bekannt für Toleranz und die Werte der Aufklärung, so dass sie sich weitgehend auf der konservativen Seite des politischen Spektrums engagieren. (FAZ, 24.8.11)

Lateinamerika

Costa Rica

I (4188) **San José/Cartago**. Die katholische Kirche des Landes forderte Frauen öffentlich auf, sich „zurückhaltend“ zu kleiden. Der Bischof von Cartago erklärte, die Frauen degradierten sich mit allzu aufreizender Kleidung selbst zu einem Objekt. Darauf reagierten Frauenverbände empört. Diese Aufforderung unterstelle, dass Frauen durch ihre Kleidung für Gewalttaten gegen sie selbst verantwortlich seien, kritisierte eine Sprecherin. Prompt rief eine Gruppe von Feministinnen zu einem sonntäglichen „Marsch der Huren“ vor die Hauptstadt-Kathedrale auf. Laut Medienberichten wollen die Frauen damit gegen sexuellen Diskriminierung und die Gewalt gegen Frauen protestieren, die in Zusammenhang mit ihrem äußeren Erscheinungsbild gebracht werde. (*El Pais*, 11.8.11; KNA, 12.8.11)

Kolumbien

I (4189) **Ibague**. Erstmals ist die katholische Kirche in dem Land zu einer Schadenersatzzahlung in einem Missbrauchsfall verurteilt worden, berichtete der TV-Sender *Caracol*. Demnach sprach ein Gericht in Ibague den Eltern zweier minderjähriger Opfer umgerechnet etwa 170.000 Euro zu. Die Kinder einer Flüchtlingsfamilie waren 2007 im Alter von sieben und neun Jahren von einem katholischen Priester missbraucht worden. Der Geistliche war extra als Seelsorger für Flüchtlinge eingesetzt. Laut Medienberichten erhielt er zusätzlich eine Haftstrafe von 18 Jahren. (*Caracol*, 10.8.11; KNA, 11.8.11)

Anm.: MIZ-Red.: Man vergleiche die Entschädigungssumme mit den schäbigen 5000 Euro pro „Fall“, die die mehr als tausendmal so reiche deutsche katholische Kirche anbietet!

Afrika

Nigeria

I (4190) **Lagos/Essen**. Das Hilfswerk *missio* hat 2010 über 71 Millionen Euro an Spenden und Kollekten eingenommen. Das sind „geringfügig“ weniger als im Vorjahr. Während die Organisation bisher immer betonte, dass sie vor allem Entwicklungsprojekte unterstütze, räumte sie nun ein, dass „ein wichtiger Schwerpunkt“ ihrer Tätigkeit „die Unterstützung der seelsorglichen Arbeit“ ist. Mehr als ein Fünftel der Gelder flossen direkt in den Unterhalt von Bistümern vorwiegend in Afrika, aber auch in Asien und Ozeanien. Indirekt kam aber auch heraus, dass die rund 2000 Einzelprojekte eng mit missionarischen Zielen verknüpft werden, so dass der Name entgegen den öffentlichen Beteuerungen eben doch den tatsächlichen Zielen entspricht. (Pressemitteilung des Werkes, 24.7.11; KNA, 25.7.11)

Asien

Philippinen

I (4191) **Manila**. Eine staatliche Untersuchungskommission fand heraus, dass sieben katholische Bischöfe schon vor längerem von einer Lottogesellschaft teure Autos angenommen haben. Die Oberhirten traten nach Aufdeckung des Skandals die Flucht nach vorn an und gaben die Flitzer wieder zurück. Sie gaben sich reumütig und baten um Entschuldigung, beteuerten aber gleichzeitig, dass sie selbstverständlich nicht bestechlich seien. Die kostspieligen Aufmerksamkeiten stammten von der damaligen Staatspräsidentin Gloria Arroyo, die laut dem Untersuchungsbericht als Gegenleistung politisches Wohlverhalten der Kirche erwartete.

Wie korrupt und mafiös das politische Establishment ist, zeigte die Reaktion des Senats. Trotz des (nachträglichen) Eingeständnisses der Bischöfe sprach sie die zweite parlamentarische Kammer des Landes frei. Die Spenden seien für „soziale Programme“ in ihren Diözesen eingesetzt worden und widersprächen nicht der Trennung von Kirche und Staat, religiöse Zwecke seien ja auch nicht gefördert worden. (*ucanews*, 14.7.11; *KNA*, 23.7.11)

Saudi-Arabien

I (4192) **Riad**. Obwohl seine Ölquellen in absehbarer Zeit versiegen werden, hat das Königreich Saudi-Arabien für religiöse Zwecke allemal genug Geld. König Abdullah beschloss nun Ausbaumaßnahmen für das Pilgerheiligtum in Mekka im Umfang von umgerechnet 15 Milliarden Euro. Künftig sollen die Große Moschee und der Bereich um die Kaaba 2,5 Millionen Menschen aufnehmen können. Nach Angaben der saudischen Zeitung *Arab News* handelt es sich um das größte Ausbauprojekt der Geschichte. Der Plan sieht vor, die bestehende Große Moschee mit 356.000 Quadratmetern um eine Fläche von 456.000 qm zu erweitern. Drei Tunnel sollen den Verkehr entlasten, mehrere Hochhäuser sind als Pilgerunterkünfte geplant. (*KNA*, 20.8.11)

Syrien

I (4193) **Damaskus**. Der syrische Präsident Al-Assad setzt bei seinem Kurs der blutigen Unterdrückung kritischer Bevölkerungsteile nun noch stärker als bisher auf christliche Unterstützung (vgl. *MIZ* 2/11, Meldung 4158). Nachdem bereits zwei katholische Minister in seinem Kabinett sitzen, wurde nun mit General Daud Rajha ein griechisch-orthodoxer Christ neuer Verteidigungsminister. Damit wolle Präsident Al-Assad ein Zeichen setzen, erläutert der katholische Nachrichtendienst *asianews*., dem gute Beziehungen zur Regierung nachgesagt werden. Vorsorglich betonte die Agentur, die beiden katholischen Minister unterhielten „aber keine besondere Beziehung zu den Bischöfen“. Derweil geht die Armee weiterhin mit Gewalt gegen Demonstranten vor. Im Zentrum der Angriffe stehen vor allem die Städte Hama und Deir al-Sor. Unbestätigten Angaben zufolge sollen dabei erneut Hunderte von Zivilisten ums Leben gekommen sein. (*asianews*, 9.8.11; *reuters*, 10.8.11)

Ozeanien

Australien

I (4194) **Melbourne**. Der australische Sender ABC hat ermittelt, dass zwischen 1950 und 1970 etwa 150.000 unverheirateten australischen Frauen in katholischen Krankenhäusern und Frauenheimen ihre neugeborenen Kinder ohne ihr Einverständnis weggenommen und verheirateten Paaren anvertraut worden waren. Erstmals hat sich nun eine katholische Klinik für Zwangsadoptionen offiziell entschuldigt und es als „bedauerlicherweise übliche“ Praxis in katholischen Einrichtungen bezeichnet, Kinder von unverheirateten Müttern zur Adoption freizugeben. Auf Empörung stieß allerdings der Vorschlag, der Staat – und nicht etwa die verantwortliche Kirche – solle einen nationalen Fonds zur Hilfe für die betroffenen Mütter und Kinder einrichten. (KNA, 26.7.11)